

Beschluss

Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlicher und fairer wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben.
10 Wir wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

11 **Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen**

12 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in
13 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig
14 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

15 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
16 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
17 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
18 Mandate geplant oder geführt werden.

19 Wir wollen die Friedensforschung fördern, nicht Militärforschung vorantreiben. Die Annahme von
20 Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und Universitäten soll transparent werden. Wir
21 wollen eine Zivilklausel zum Verzicht auch Rüstungsforschung im Hochschulgesetz verankern. Wie bereits
22 in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg eine Friedensakademie gründen. Mit ihr
23 sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll
24 Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor Ort ausbilden und qualifizieren, sowie
25 Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit
26 Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden. Zur Finanzierung können die
27 eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

28 **Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften**

29 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
30 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
31 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
32 exportierten Waffen uvm. Brandenburg kann Beiträge zur Linderung leisten. Mit weit über drei Milliarden
33 Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen wichtige

34 Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch, wenn es
35 um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
36 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
37 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den
38 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden
39 hierzulande immer noch zu
40 häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines Produktes ausgerichtet.

41 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
42 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
43 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
44 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der
45 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit
46 gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung wie z.B. eine Zertifizierung nach dem "Forest Steward
47 Ship Council" (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein
48 in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Dazu
49 kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer
50 Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile
51 oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut
52 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger Behörden
53 sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.

54 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
55 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der von der EU
56 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites
57 Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende
58 Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren
59 Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Solche
60 Abkommen lehnen wir im Bundesrat ab
61 und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln
62 ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und
63 Verbraucher*innen schützen.

64 **Die Eine Welt in Brandenburg**

65 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund
66 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit
67 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild
68 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
69 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,
70 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,
71 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und
72 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den
73 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das
74 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den
75 Fairen Handel und die Eine-
76 Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der
77 Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine
78 agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE)
79 Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen
80 Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.